

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
STADTENTWICKLUNG,
INFRASTRUKTUR UND
MARKETING**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 08. SIM 2009-2014 Sitzungsdatum: 20.01.2011 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 20.01.2011

Unter dem Vorsitz von Heiner Weißborn versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und dessen / deren Vertretung
3. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
4. Bericht zum Stand der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
5. Bericht zum Stand der Umsetzung des Landschaftsplans Tevereener Heide I/2
6. Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Bericht zum Stand "Ertüchtigung Klangbrücke Zweibrüggen"
8. Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath
Herr Wolfgang Bien

B'90/Die Grünen
UWG

als persönlicher Vertreter für
sachk. Bürger Mallmann

Herr Herbert Fibus	SPD	als persönlicher Vertreter für sachk. Bürger Oliver Fibus
Herr Josef Fröschen	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Peter Fröschen; anwesend bis 18.43 Uhr (TOP 7)
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmei	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Steven McLarren	CDU	
Herr David Schmidt	SPD	als persönlicher Vertreter für sachk. Bürger Pickartz
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	als persönliche Vertreterin für Stadtverordnete Weinhold

Abwesende

Herr Erwin Müller	CDU
-------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr technischer Angestellter Achim Engels
Herr Verwaltungsangestellter Horst Tacke

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Ausschussvorsitzender **Weißborn** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Zuschauer.

Stadtverordnete **Gillen** teilte mit, dass Stadtverordneter Josef Fröschen heute Stadtverordneten Peter Fröschen vertrete.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er vertrete heute den sachkundigen Bürger Mallmann.

Stadtverordnete **Kuhlmei** teilte mit, dass Stadtverordneter Herbert Fibus heute den sachkundigen Bürger Oliver Fibus vertrete.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtent-

wicklung, Infrastruktur und Marketing vom 25.11.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und dessen / deren Vertretung

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass im Rahmen der Neuorganisation der Verwaltung vorgesehen sei, die Schriftführung zentral über das Haupt- und Personalamt zu leiten. Die Verwaltung schlage daher vor, Stadtamtfrau Schade als Schriftführerin für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing zu bestellen und Stadtinspektorin Gündling als Vertreterin.

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, die SPD-Fraktion lehne diesen Beschlussvorschlag ab. Dies habe nichts mit den vorgeschlagenen Personen zu tun. Die SPD-Fraktion vertrete die Meinung, dass die Schriftführertätigkeit für die Ausschüsse aufgrund der notwendigen Fachkenntnisse im jeweiligen Fachamt verbleiben sollte.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil diese Änderung zur Umorganisation in der Verwaltung gehöre.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** bedankte sich ausdrücklich bei der bisherigen Schriftführung in seinem Ausschuss, Herrn Horst Tacken und Frau Monique Raeune. Er hob hervor, dass sie diese Arbeit in der Vergangenheit zu aller Zufriedenheit ausgeführt haben.

Beschluss:

- 1. Als Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing der Stadt Übach-Palenberg wird Stadtamtfrau Kerstin Schade bestellt.**
- 2. Als Stellvertreterin wird Stadtinspektorin Jutta Gündling bestellt.**

Abstimmungsergebnis:

jeweils:

8 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

3. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Technischer Angestellter **Engels** erläuterte anhand von Folien den derzeiti-

gen Stand dieses Tagesordnungspunktes (die Folien sind als Anlage der Niederschrift beigelegt; in Bezug auf die Erläuterungen wird auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage verwiesen).

Technischer Angestellter **Engels** fasste zusammen, dass entschieden werden müsse, ob man Variante I, Variante II oder keine Erweiterung der Baugrenze wolle.

Stadtverordnete **Kuhlmei** fragte, aus welchem Grund eine Verlagerung der hinteren Baugrenze vorgenommen werden solle und wenn, warum dann nur bei den Flurstücken 1987 bis 1990 und nicht bei allen.

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, den Aspekt der Gerechtigkeit könne man an dieser Stelle sicherlich diskutieren. Man habe den Vorschlag so gemacht, weil man eine gewisse Begründung beibehalten wolle und die gesamte Bebauung nicht ausufern sollte, um den Gesamtcharakter des Gebietes zu erhalten. Außerdem stelle die vorliegende Situation mit dem aufgeweiteten Platz eine einmalige Situation in dem Baugebiet dar.

Sachkundige Bürgerin **Thar-Hennes** erklärte, man sollte an dieser Stelle darüber nachdenken, ob man nicht allen Einwohnern in diesem Gebiet einen Anbau ermöglichen könne. So könne man die Häuser später auch familiengerecht umbauen.

Technischer Angestellter **Engels** wies darauf hin, je weiter die Verlängerungen der Bauten würden, umso schlechter würden die Lichtverhältnisse im Haupthaus. In diesem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, dass man hier Planungsrecht und nicht Baurecht schaffe. Dies bedeute, dass, wenn Voraussetzungen wie Lichtverhältnisse nicht mehr gewährleistet werden, Anbauten trotz des bestehenden Planungsrechtes durch die Bauaufsichtsbehörde aufgrund des Baurechtes versagt werden könnten.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** verwies auf die damalige Einwohnerversammlung. Damals sei es nicht um die Durchsetzung einer Erweiterung der Baugrenzen gegangen, sondern darum, auf dem hinteren Anbau die Möglichkeit zu bekommen, ein Zimmer aufzubauen. Außerdem wolle er darauf hinweisen, dass es einen Fall in diesem Baugebiet gegeben habe, bei dem ein Rückbau vorgenommen werden musste, da die hintere Baugrenze überschritten wurde. Würde man sich heute für Variante II entscheiden, wäre der Bauabbruch umsonst gewesen.

Seiner Meinung nach sollte man sich aus Gerechtigkeitsgründen gegen die Erweiterung der Baugrenzen entscheiden oder eine erneute Einwohnerversammlung durchführen.

Stadtverordnete **Kuhlmei** erklärte, aus Gründen der Gerechtigkeit plädiere sie für eine erneute Einwohnerversammlung.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, er sehe hier keine Eile und die Einbindung der Einwohner könne nicht verkehrt sein. Allerdings sollte dann

eine Einwohnerversammlung zeitnah durchgeführt werden.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** erklärte, sollte man sich für eine Einwohnerversammlung entscheiden, sei es wichtig, dass die Verwaltung bei diesem Termin darstelle, was überhaupt baurechtlich genehmigungsfähig wäre.

Stadtverordneter **Bien** stimmte dem technischen Angestellten Engels zu, dass der Anbau in die Tiefe nicht planungsrechtlich ermöglicht werden sollte, wenn dies zu baurechtlichen Problemen führe. Er halte es für wichtig, dies bei einer Einwohnerversammlung herauszustellen. Anbauten in die Höhe scheine in diesem Fall die bessere Lösung zu sein als Anbauten in die Tiefe.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** erklärte, es gebe nun folgende Abstimmungsmöglichkeiten: 1. Abstimmung für Variante II, 2. Abstimmung für Variante I (diese seien aber seiner Meinung nach beide nicht mit dem Ergebnis der damaligen Einwohnerversammlung vereinbar), 3. keine Erweiterung der Baugrenzen, 4. Vertagung der Entscheidung und Durchführung einer erneuten Einwohnerversammlung.

Bei der Einwohnerversammlung sehe er auch die Gefahr, wie technischer Angestellter Engels dargestellt habe, dass man den Leuten etwas suggeriere, das praktisch später nicht umsetzbar sei. Die Variante, nur eine Aufstockung der Bauten zu genehmigen, entspreche dem Ergebnis der damaligen Einwohnerversammlung, so dass man sich seiner Meinung nach für diese Variante heute entscheiden könne ohne vorher eine erneute Einwohnerversammlung einzuberufen.

Er schlage daher vor, die vorgelegte Beschlussempfehlung ohne Erweiterungen der Baugrenzen zu beschließen.

Stadtverordneter **Junker** fragte, welche Auswirkung diese Entscheidung für die Eigentümer des Flurstücks 1987 hätte.

Technischer Angestellter **Engels** antwortete, dass auch diese dann nicht anbauen könnten.

Stadtverordnete **Gillen** bat um eine kurze Pause, damit man über die neuen Aspekte kurz beraten könne.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Im Anschluss erklärte Stadtverordnete **Gillen**, dass die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen sei, einer Einwohnerversammlung zuzustimmen. Weiterhin sei der Vorschlag gemacht worden, in dem Zusammenhang auch über die Gestaltungssatzung zu sprechen. Sie bat daher, allen die alte Gestaltungssatzung zukommen zu lassen (die textlichen Festsetzungen zur Gestaltung sind als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Ausschussvorsitzender **Weißborn** bat die Verwaltung, bei der Durchführung einer Einwohnerversammlung die Einwohner über alle Konsequenzen umfassend zu informieren.

Technischer Angestellter **Engels** erklärte, er werde vorab auch Kontakt mit der Bauaufsichtsbehörde aufnehmen, um zu klären, welche Bebauung durch eine mögliche Erweiterung der Baugrenzen realisierbar wäre.

Beschlussempfehlung:

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt. Es wird zunächst eine erneute Einwohnerversammlung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Bericht zum Stand der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Verwaltungsangestellter **Tacke** erläuterte anhand einer Powerpoint-Präsentation den Stand der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (insoweit wird auf die Anlage 1 zu TOP 4 der Niederschrift zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 13.01.2011 verwiesen). Weiterhin verwies er auf die zu Beginn der Sitzung ausgeteilte Liste, die alle Maßnahmen darstelle und erläuterte die Liste (insoweit wird auf die Anlage 2 zu TOP 4 der Niederschrift zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 13.01.2011 verwiesen).

Stadtverordneter **Fibus** fragte, warum die ehemalige Kiesgrube, der jetzige Dohmenpark, nicht aufgeführt sei.

Verwaltungsangestellter **Tacke** antwortete, der Dohmenpark sei nicht aufgeführt, da es sich hierbei nicht um eine Maßnahme der Stadt handle. Natürlich stelle der Dohmenpark eine ökologische Aufwertung dar; da die Maßnahme jedoch nicht städtisch sei, bekomme die Stadt hierfür auch keine Ökopunkte angerechnet.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** bedankte sich für den interessanten Vortrag. Es sei beeindruckend zu hören, wie sich das Stadtgebiet entwickelt habe.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erklärte, durch die Ausgleichmaßnahmen habe die Stadt an Erholungswert gewonnen. Dies halte er für sehr wichtig.

Stadtverordnete **Kuhlmey** erklärte, man könne nur staunen, was in den letzten Jahren alles passiert sei. Übach-Palenberg habe sich zu einer grünen Stadt entwickelt. Dies sei eine tolle Sache.

Stadtverordnete **Appelrath** schloss sich dieser Meinung an. Nach diesem Vortrag werde man jetzt noch mal mit anderen Augen durch das Stadtgebiet gehen.

5. Bericht zum Stand der Umsetzung des Landschaftsplans Teverener Heide I/2

Verwaltungsangestellter **Tacken** erläuterte anhand einer Powerpoint-Präsentation den Stand der Umsetzung des Landschaftsplans Teverener Heide I/2 (insoweit wird auf die Anlage 1 zu TOP 3 der Niederschrift zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 13.01.2011 verwiesen). Er erklärte, dass die Liste, die er zu Beginn der Sitzung ausgeteilt habe, nur die Maßnahmen aufführe, die öffentlich gefördert worden seien. Andere Maßnahmen des Landschaftsplanes seien als Ausgleichsmaßnahmen realisiert worden, nachdem diese als solche auch anerkannt worden waren (insoweit wird auf die Anlage 2 zu TOP 3 der Niederschrift zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 13.01.2011 verwiesen).

6. Mitteilungen der Verwaltung

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen mit Bescheid vom 14.12.2010 in der Angelegenheit RWP-Infrastruktur: Förderung der Wiedernutzbarmachung der Zechenbrache Carolus Magnus folgende Entscheidung getroffen habe:

"Aufgrund Ihrer nachgewiesenen Vermarktungsaktivitäten wird das MWEBWV eine weitere Fehlbelegung der Fläche mit dem von Ihnen geplanten Einkaufszentrum hinnehmen."

Hiermit sei jetzt der Weg für alle Aktivitäten des Investors für das Einkaufszentrum Am Wasserturm freigegeben.

Ausschussvorsitzender **Weißborn** schloss um 18.28 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender **Weißborn** um 19.02 Uhr die Sitzung.

Weißborn
Ausschussvorsitzender

Schade
Schriftführerin